

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 0,50 Mk., vierteljährlich 1,50 Mk. — Veranlagungsbilgen lösen pro Seite 75 Pf. — Zeit- und Geschäftsangelegen werden nicht angenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Hagauer, Druck: H. Langemann & Co. Verleger: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Westfälischer Platz 25-26, Telefon-Nr. 95 u. 96, Telegr. Nr. 1187 Bochum.

Bergleute, auf zur Reichstagswahl!

Jura. Die Zeit soll ein Reichstag gewählt werden, der auf dem Boden der durch die Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung stehend, tatsächlich die politische Macht in Deutschland ausüben wird. Das Reichsparlament unter dem alten Regime konnte und machte das nicht. Aus der Mehrheit des neu zu wählenden Reichstags werden die leitenden und beamteten, die Minister hervorgehen, jederzeit verantwortlich der Volkswertung, nicht mehr erhalten durch Junkerliche, bürokratische oder militärische Herrschaftsklassen. Das gesamte Volk soll durch eine in freier Abstimmung gewählten Vertreter die Regierungsgewalt ausüben, dem Volkswohlstand entsprechende demokratische Gesetze beschließen und durch die vom Reichstag bestimmten Minister ausführen lassen. Das ist Demokratie.

Soll die Demokratie aber Wirklichkeit sein, dann muß der Demos, das Volk, für eine Zusammenfassung des neuen Reichstages sorgen, die gute Bürgerpflicht die vollkommene Weiterentwicklung des deutschen Gemeinwesens bietet. Diese Pflichten werden nur erfüllt, wenn kein wahlberechtigter Angehöriger des immer noch sehr unpolitischen deutschen Volkes sich durch irgendwelche Genugtuung, es sei denn schwere Erkrankung, abhalten läßt, von seiner allerwichtigsten Bürgerpflicht, der Ausübung des Wahlrechts, Gebrauch zu machen.

Die Ausübung der Wahlpflicht ist ganz besonders notwendig; seitens der arbeitenden Volksschichten beiderlei Geschlechts in Stadt und Land.

Der Mapp-Bußsch und seine bösen Folgen haben bewiesen, daß sehr viele lieber heute als morgen das alte Regime, das uns so herrlichen Zeiten entgegengeführt hat, wieder aufrichten mit all seinen Ständes- und Absolutismen, seiner Unterdrückung der Demokratie und namentlich der Niederhaltung der Arbeiterklasse. Wäre der Bußsch gelungen, dann hätte man gesehen, wie aus allen Ecken und Winkeln die Feinde der Volksherrschaft hervortraten, wie sie sogar ganze politische Parteien, die sich jetzt — bis auf weiteres! — „trotz der demokratischen Reichsverfassung“ nennen, sich auf den Boden der neuen Verfassung stellen! Dieser Bußsch ist mißlungen, „man“ wartet auf besseres Wetter.“ Der Anstich der Reichstagsparlamentaristik muß allen Mischungsverhältnissen die Schwärze auf besseres Wetter laßen nehmen. Darum kommt es am 3. Juni 1920 in erster Linie an. Dafür muß die Arbeiterschaft durch unermüdeten Aufmarsch am Wahltag sorgen.

Lassen wir uns nicht irreleiten durch lobpreisende Verweise von „Friede“ und „Fest!“ Das „Fest!“ leben in die Äußersten und „Staatmänner“ verblagen, die uns unglückliche Volk durch ihre unpolitische Politik in die schlimmsten Verhältnisse gegen Unfälle geschworen der Erde, herbeizurufen und es dann in der heißen Not im Stich lassen. Das sagt nun keiner mehr in der späteren Erkenntnis, die „ökonomische Profitabilität“ der „Abend-Beitragende Politik“ (7. Mai). Nur durch die wahnwitzige Kriegspolitik ist der Volkswohlstand vernichtet, in Not und Elend, Unterehrung und Hungersterben unter Zeit geworden. Einfach verbrennt sich es, nun dem armen deutschen Volke vorzuführen, die nach der Revolution entstandene zur Verwaltung einer Volkswirtschaft gezwungene Regierung trägt die Schuld an dem deutschen Jammern. Wahrheit ist, daß keine Regierung, mochte sie auch aus Ludendorffern gebildet sein, bestanden war und ist, nach den schrecklichen Kriegsergebnissen den Millionen Volksgenossen, die hungern und darben, in der gesteuerten kurzen Frist ausreichend Arbeitslohn, Brot, Kleidung und Bekleidung zu verschaffen. Daß aber so wenigstens an grundsätzlichen Verbesserungen der Volkswirtschaft nicht verwirkt werden konnte, daran tragen wieder die Kreise nicht zuletzt die Schuld, die hauptsächlich Stützen der wahnwitzigen Kriegspolitik waren und sich jetzt nach Kräften bemühen, jede ernsthafte soziale Reform systematisch zu verhindern.

Lassen wir uns auch nicht irreleiten durch die wiederholte fremde Rederei und Schreiberlei unbeschreiblicher Phantasten, die der Arbeiterklasse raten, sich überhaupt nicht an der Reichstagswahl zu beteiligen, weil die „politischen Parteien überholt“ seien, die Arbeiterklasse nur durch „industriellistische Betriebsorganisationen“ zur Verwirklichung ihrer Ziele kommen können. Auch diese Phantasten leben in dem Wahne, durch „eine entschlossene Minderheit“ der Welt ein total anderes Gesicht geben zu können. Das wenigstens haben der Mapp-Bußsch und die ihm folgende „Ergreifung der politischen Macht“ in einigen Industriebezirken durch schwerbewaffnete Anhänger der „proletarischen Diktatur“ bewiesen, nämlich, daß jede Art von Diktatur einer Minderheit in kurzer Zeit erledigt ist! Dies erkennen und danach handeln, heißt die Grundfesten der Demokratie sichern und auf ihnen den Weiteranstreben fortzuführen.

Es gilt also bei der Reichstagswahl für die Demokratie eine gewaltige Volksmehrheit zu gewinnen, deren Diktatur sich die Minderheit zu unterwerfen hat!

Die Welt hat nach dem entsetzlichen allerstrige ein ganz anderes staatspolitisches Gesicht bekommen. Wie lange die durch das Nachwort der Sieger entstandenen künstlichen Staatsgebilde existieren können, wer weiß es? Jedenfalls muß sich Deutschland mit seiner ihm durch die „Staatmänner“ des alten Regimes bereiteten ungeheuren schwierigen Lage abzufinden versuchen und die Welt davon überzeugen, daß es die ihm auferlegten Verhältnisse nach besten Kräften erfüllen wird. Keine ein

Reichstag zustande, in dem die alte Zäbeltraktion und charvinistische Ueberhebungen den Ton angeben könnte, dann müssen wir jede Hoffnung auf eine unserer Zukunft zuträglich Revision des Verfallenen Vertrages aufgeben! Darum muß der neue Reichstag eine Zusammenfassung erfahren, die sich auf keine willkürlich-militaristischen Abenteuer einläßt. Die tieftraurige Welt vor allem das landüber verurteilte deutsche Volk braucht einen dauernden Weltfrieden zur Heilung der ungeschwundenen Kriegsunden!

Das arbeitende Volk braucht einen Reichstag, der dem tiefen Sehnen der Menschheit nach Ueberwindung jeder unvollständigen Heberollels Verhältnisse entgegenwirkt. In dem Völkern mit hochentwickelter Industrie nicht wird erreicht, es in den Zielen des Volkes. Man will nicht mehr den alten Staat der Kapitalisten sein, mag es sich auch noch so unerschrocken verhalten. Man will, daß die Unterordnung nicht mehr Gegenstand des kapitalistischen Profitbetriebes ist, sondern bloße Aufgabe der Bedarfsdeckung. Man will nicht mehr, daß viele zahllose Hände sich wegen für die Deckung eines geringen Einkommens annehmen, sondern daß die Gemeinschaft aller Volksgenossen mit Ausschließung jedes unbeschäftigten Erwerbslosen Profites. Man will die Sozialisierung der für die Gemeinwohl unentbehrlichen Produktionsmittel und der Arbeitsprodukte! Das ist das Sehnen der Arbeitenden unserer Zeit, in allen Ländern, wo sich der soziale Kapitalismus seine Hochburgen errichtet hat.

Tiefes Sehnen wird sicherlich nicht erfüllt durch „Kämpfe“ und „politische Redereien“ über die Sozialhermen. Wird auch nicht erfüllt durch alberne Verhandlungen über den „jeden Kopf“ entfallende geringe Wehrentommen im Falle der Sozialisierung, wie man durch „Umkehr“ auf die „Kriegsrentabilität“ der Staatsbetriebe, die „Kriegsrentabilität“ anzudeuten sind. Wenn man nicht versteht, daß die Sozialhermen nur ein Mittel sind auf dem die Kapitalisten die Macht über das Volk behalten wollen, sondern in erster Linie der Moral ist, dann gehen wir wirtschaftlichen und politischen Grundthesen entgegen, deren Tragweite man nur lesen kann.

Die Nationalversammlung hat mit Zustimmung der Arbeiter der Sozialhermenregierung leben können. Es ist die parlamentarische, die unbeschäftigten war dem Ziel der Zeit und um so wohl es möglich war, um die Zeit zu leben. Durch löst sie bereits wilde Zustände in der Welt. Der Kampf der gewalttätigen „Sozialhermen“ wurde hier und da von vorkapitalistischer Ungeheuerlichkeit befreit. Er mußte unter dem Druck der Unmöglichkeit werden und es blieb zurück eine Herabwürdigung des hohen sozialen Werdens durch privatkapitalistische „Sozialhermen“. Die nächsten Ausstufungen durch den verrotten Elemente den eigenen und heimlichen Feinden der Demokratie den „Kriegsrentabilität“ zur Schwärzung der modernen Arbeiterbewegung überhaupt boten, so haben die unfürsorglichen „Sozialhermen“, keine Dr. Eisenhartmann, zur „großzügigen“ Bekämpfung der Sozialhermenaktion den Stoff geliefert. Selbst gegen die harmloseste Mitarbeit des Reiches an den Vergewerker wurde nun Marmor geschlagen in all den vielen Zeitungen, die dem Kapital dienlich sind. Und da riesige Kriegsgewinne gemacht wurden, kauft man einfach für Millionen die Druckerien und Zeitungen und über das Volk mit unglücklichen Profiteuren und Schablottieren mit schändlichen Verhältnissen des sozialistischen Zukunftsstaates.“ In den Tagen vor der Reichstagswahl werden wir in dieser Hinsicht noch allerhand erleben.

Keine Berufsgruppe hat ein höheres Interesse an einer der Demokratie und der Sozialhermen verpflichteten Reichstagsmehrheit als die Bergarbeiter!

Was wir seit dem 9. November 1918 an moralischen und materiellen Verbesserungen erreichen konnten, das alles ist bedroht durch einen Reichstag, in dem die offenen und heimlichen scoppiten und Kapitalisten die Mehrheit haben. Wegen die erreichte Schichtverkürzung wird immerfort, in fast allen hiesigen Zeitungen Stimmung gemacht und für regelmäßige Schichtverlängerung, sogar bis zu 12 Stunden, agitiert. Der Abschluß der Tarifverträge mit der Anerkennung der Arbeiterorganisationen ist den Anhängern des absoluten Kapitalismus: Verrennen ein Grauel und Schand. Man beschimpft die Bergleute als Arbeitsunlustige, denen die Löhne „viel zu hoch“ gezahlt seien, während doch der Bergmann wegen seiner schweren Arbeit am größten unter der schlechten Ernährung und den Wahrenpreisen zu leiden hat. Das Betriebsrätegesetz, obgleich keineswegs ein ideales Arbeitergesetz, wird trotzdem ständig bekämpft und gerichtet man es immer wieder praktisch unmöglich zu machen. Die Bergbauverstaatlichung und das Reichsbankgesetz, die wirksamsten Arbeitergesetzbestimmungen werden lebhaft bekämpft. Allen demokratischen bergbaulichen Bewegungen, die der Kapitalismus herbeizurufen entgegen.

Darum hat der Bergmann ein großes Interesse an der Reichstagswahl, die den gegenwärtigen Verhältnissen ein Ende bringt und die Ueberwindung der unvollständigen Heberollels Verhältnisse bewirkt.

Der Bergmann ist aber auch in seiner Linie Staatsbürger. Er hat die Pflicht, die durch seine Wahlpflicht zu erfüllen. Die Gewerkschaften haben seine Interessen nicht zu vernachlässigen, sondern sie sollen die politischen Parteien, die sich in der Reichstagswahl betätigen, zu den Zielen des Volkes führen. Die Gewerkschaften sollen die Interessen des Bergmannes zu den Zielen des Volkes führen.

Man muss sich nicht durch die Unterordnung der Interessen des Bergmannes an die Interessen des Kapitalismus irreführen lassen. Man muss sich nicht durch die Unterordnung der Interessen des Bergmannes an die Interessen des Kapitalismus irreführen lassen.

Betriebsrätegesetz

Bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes hat der Reichstag die Interessen der Arbeiterklasse im Auge gefasst. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen.

Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen.

Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen.

Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen.

Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen.

Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen.

Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen.

Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen. Die Betriebsräte sollen die Interessen der Arbeiterklasse im Auge fassen.

Achtung Verbandsmitglieder!

Gelesene Nummern der „Bergarb.-Stg.“ werfe man nicht fort, sondern verwende sie zur Agitation. Mit jeder Zeitung kann ein neuer Mitkämpfer gewonnen werden!

Kritisches aus dem Saargebiet.

Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Seit etlichen Wochen bildet die Bezirksleitung unserer Verbandes im Saargebiet die Zielscheibe heftiger Angriffe wohl der gesamten bürgerlichen Presse, einschließlich der christlichen Gewerkschaftsorgane. Immerhin hat, nachdem der „Saar-Bergknappe“ (christlicher Gewerkschaft) lang und breit die Angelegenheit wiederholt erörtert hat, auch der „Bergknappe“ dazu das Wort ergriffen. Wir gestehen offen, daß wir nur sehr ungern den kritischen Vorgang hier beiraten, weil wir in diesem Falle anderer Meinung sind wie unsere Saargebiet-Bezirksleitung, aber begreiflicherweise kein Bedürfnis haben, uns mit Kameraden, die nach unserer Meinung einen armen Fehler gemacht haben, vor der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen. Nun wir aber doch genötigt sind, hier die Sache zu erörtern, werden wir gleich nachweisen, daß jene, die den „Sozialdemokratischen“ Verband deutschfeindlicher Bestimmung verurteilen, alle Urteile haben, hübsch stille zu sein.

Es handelt sich um folgendes: Untern 30. März d. J. hat unsere Saargebiet-Bezirksleitung, geleitet von G. Becker, an die Regierungskommission des Saargebietes einen Brief gerichtet, worin ihr erklärt wird, daß die Vertrauensleute des Verbandes im Saargebiet die „Frankenlohnung“ — statt der bisherigen Marklohnung — fordern. Daran werden den französischen Chren angenehme Hinweise, unserem Gesichtspunkt aber nicht zugehende, ja förmlich Verworfungen über „vangermanische Bestrebungen“ geknüpft. Diese Bemerkungen sind schon deshalb sehr unpassend, weil damit das Lied des alten christlichen Demofraken Hoffmann v. Fallersleben: „Deutschland, Deutschland über alles“, zum Schloß der Reden der Frankengewaltigen wird. Wir hätten einen solchen oder ähnlichen Brief lieber nicht geschrieben. Wir sind nicht der Meinung, daß die Einführung der „Frankenlohnung“ unsere Saarkameraden glücklich machen wird. Auf diesem Wege kann die Geldentwertung, die ja auch in Frankreich grassiert, nicht bekämpft werden. Das die „Saarverband“ (Böckum) mit dem Briefe an die Regierungskommission nicht einverstanden ist, haben wir unsere Saargebiet-Bezirksleitung sofort wissen lassen, als wir, erst durch die Presse, Kenntnis von dem Briefe erhielten. Wir mühen uns mit allem Nachdruck von allen Zeitungsleitungen verlangen, keine das ganze Gewerkschaftswesen angehenden Schritte ohne Einverständnis mit der Hauptverwaltung zu unternehmen.

Recht sind wir durch die Forderung förmlich gezwungen worden, die Berechtigung der Angreifer zu ihrem Angriff zu untersuchen. Unsere Bezirksleitung im Saargebiet fordert die „Frankenlohnung“ aus materiellen Gründen, ohne die volkswirtschaftlichen Folgen für das deutsche Saargebiet reichlich überlegt zu haben. Wenn aber große Unternehmer, großindustrielle Verbände die Beschaffung ihrer Waren in ausländischer Währung verlangen, wie das z. B. in der Eisen- und Stahlindustrie geschieht, warum wird deswegen keine „nationale“ Preiserhöhung gegen diese schädlichen deutschen Interessen veranlaßt? Unabsehbar große deutsche Auslandswerte, ganze Bechen und Güterenterte sind bereits an ausländische Kapitalisten verkauft und dabei riesige Bilanzgewinne erzielt worden. Wir haben nicht bemerkt, daß deswegen eine „nationale“ Preiserhöhung gegen die Schädiger der deutschen Volkswirtschaft in Anspruch genommen wurde. Gerade im Saargebiet haben „deutschnationalen“ Großkapitalisten den französischen Feinden bedeutenden Einfluß auf deutsche Regierungskreise unterkommen verabsichtigt. Wo ist die Verantwortung dafür, „deutschnationalen“ Saararbeit? Durch ihren Eigennutz haben sie gerade den Arbeitern ein sehr böses Beispiel gegeben.

Wenn jemand irgend jemand alle Urteile hat, hat der Artikel an nationalen Entgleisungen anderer zu enthalten, dann ist es die Zentrums Presse und ihr Anhang im linksrheinischen Deutschland. Wir haben noch nicht gefunden, daß die christlichen Gewerkschaftsorgane, die sich über den „Sozialdemokratischen Verband“ im Saargebiet äußern, Stellung genommen hätte gegen die Gesellschaft der hervorragenden Zentrumsführer, die sich der französischen Regierung an den Hals gemorfen hat! Die Herren Aufsicht Dr. Mühl, Defan Gschmeier, Defan Subtil, Defan Hanjen, Defan Pades, Weg. Hoffmann, Hbg. Steegmann, Schröder, Jordan und der Sekretär der Zentrumsparlei, Professor Dr. Notton, alles leitende Personen der Zentrumsparlei im Saargebiet, haben der französischen Regierung eine schreißende Mitteilung über die Bildung eines besonderen „Saarstaates“ (S) unterbreitet, mit Bestimmungen des „Preussentums“ und Lobhudeleien der französischen Herrlichkeit! Als die Sache richtbar wurde, ist nur der Herr Mühl, geleiteter Zentrumsführer bei vielen politischen Wahlen, aus der Partei entfernt worden, die anderen Franzosenfreunde sind noch Mitglieder der Zentrumsparlei! Dieser Vorgang ist sehr viel schlimmer als der Brief unserer Bezirksleitung an den Regierungskommissionar, zumal es sich bei den Saarkreisbeauftragten um durchaus gewichtige Politiker und um Personen handelt, die unter den Hohenrollern „erkörben“ in Vaterlandlichkeit. Von den Daten ihrer Muth, Hoffmann und Genossen schreibt die Zentrums Presse bitterwenig; in der Gewerkschafts-Presse fanden wir kein Wort über diesen Skandal — aber man fällt in langen Zeitungsartikeln über den Brief der Bezirksleitung des „Sozialdemokratischen Verbandes“ her, um die gegen die Einheit Deutschlands wühlenden Zentrumsgrößen in Vergessenheit zu bringen! Das ist der Zweck der Sache.

Zu den Muth, Hoffmann, Defan Hanjen und Genossen im Saargebiet gesellen sich die mit der Entente lieblich verbundenen „Atheisten“ antirevolutionäre Zentrumsparleier im engeren Gebiet der „Schlachten Volkzeitung“. Die Tagespresse berichtet eingehend darüber. Gegenüber diesen skandalösen Treiben einigiger, den Alldeutschen geistesverwandten Annoncenblätter verblüht der Brief von G. Becker, womit wir ihn durchaus nicht rechtfertigen wollen. Aber wir können auch nicht dulden, daß dieser Brief zum Gegenstand der Preßhetze gegen den „Sozialdemokratischen Verband“, noch dazu ausgerechnet von einer Seite gemacht wird, die sich bemüht sein muß, im Glashaufe zu sitzen und halb nicht mit Steinen werfen darf.

Löhne im preussischen Bergbau.

Im „Reichsanzeiger“ vom 11. April 1920 wird die amtliche Statistik über die Bergarbeiterlöhne in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens bis einschließlich 4. Vierteljahr 1919 nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Versicherungsbeiträge veröffentlicht. Einen allgemeinen Vergleich ermöglicht am besten unsere gewohnte Uebersicht über die Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterklassen, sowie aller Arbeiter, die wir nach der amtlichen Statistik zusammengestellt haben. In den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens gefallene sich danach der Durchschnittslöhne von Arbeiter und Schicht je im 2. Vierteljahr 1911 bis 1919 und im 1. Vierteljahr 1919 (in Mark):

Arbeiterklasse	2. Vierteljahr 1911		4. Vierteljahr 1919	
	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.
Eigentliche Bergarbeiter	3,69+6,10	18,67+30,28	349,1+388,4	
Sonstige Bergarbeiter	3,17+4,09	13,32+21,86	320,2+338,1	
Erwachsene Tagesarbeiter	3,05+4,41	12,78+22,53	319,0+417,7	
Jugendliche Arbeiter	1,24+2,00	5,66+10,52	348,4+426,0	
Weibliche Arbeiter	1,20+3,06	5,71+12,42	218,6+389,2	
Durchschnitt aller Arbeiter	3,84+5,40	13,96+23,80	318,0+393,5	

Arbeiterklasse	2. Vierteljahr 1911		4. Vierteljahr 1919	
	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.
Staubgebiet	1911 0,66	1916 0,90	1918 1,09	1919 1,09
Bergbau	4,67 2,28	6,62 7,70	10,11 18,34	23,41
Stichtarbeiter	3,93 4,11	4,75 5,67	8,15 18,87	20,94
Stichtarbeiter	5,08 5,08	6,03 8,15	10,79 15,88	24,64
Stichtarbeiter	5,48 5,64	6,79 8,10	11,57 15,88	27,67
Stichtarbeiter	6,14 6,32	7,92 9,01	12,29 21,37	30,21
Stichtarbeiter	4,17 4,01	5,17 5,92	7,26 12,78	18,67
Stichtarbeiter	4,65 5,18	5,99 6,81	10,10 16,96	22,71
Stichtarbeiter	4,72 4,96	5,63 6,47	7,72 12,97	18,94
Stichtarbeiter	4,98 5,04	5,76 6,54	7,84 13,41	18,50
Stichtarbeiter	3,83 4,20	5,76 7,48	8,84 11,16	18,19
Stichtarbeiter	4,15 4,17	6,72 7,22	8,54 11,16	18,19
Stichtarbeiter	5,03 6,40	6,43 8,14	11,16 17,34	22,60
Stichtarbeiter	3,70 3,80	4,06 5,69	6,72 11,12	16,67
Stichtarbeiter	4,59 4,97	6,85 9,08	9,08 12,78	19,13
Stichtarbeiter	3,60 3,72	4,16 5,30	7,26 10,56	16,61

Arbeiterklasse	2. Vierteljahr 1914		4. Vierteljahr 1919		Steigerung in Prozent
	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.	
Eigentliche Bergarbeiter	3,69+6,10	18,67+30,28	349,1+388,4		
Sonstige Bergarbeiter	3,17+4,09	13,32+21,86	320,2+338,1		
Erwachsene Tagesarbeiter	3,05+4,41	12,78+22,53	319,0+417,7		
Jugendliche Arbeiter	1,24+2,00	5,66+10,52	348,4+426,0		
Weibliche Arbeiter	1,20+3,06	5,71+12,42	218,6+389,2		
Durchschnitt aller Arbeiter	3,84+5,40	13,96+23,80	318,0+393,5		

Lohnhöhe und Lohnsteigerung zeigen große Unterschiede, die sich seit Kriegsbeginn noch vergrößert haben. Allerdings sind die Löhne inzwischen auf Grund tariflicher Abmachungen überholt. Immerhin gibt die vorstehende Uebersicht in dieser wie auch in anderer Beziehung interessante Einblicke. Uns scheint, daß noch viel geahen kann, um einen besseren Ausgleich der Löhne herbeizuführen. Wir verkennen dabei durchaus nicht die Verschiedenheit der Verhältnisse und Leistungsfähigkeit. Aber es ist unbestreitbar, daß das Lohn- und Bedingungen im Bergbau sehr reformbedürftig ist. Reformen sind aber nur möglich und dauernd haltbar, wenn die Arbeiter von ihrem Mitbestimmungsrecht den richtigen Gebrauch machen und sich dabei vom sozialen Pflichtbewusstsein leiten lassen. Mitbestimmung heißt Mitverantwortung.

Bei Würdigung der vorstehenden wie auch der folgenden Lohnangaben ist die nicht unerhebliche Verschiebung in der Zusammensetzung der Belegschaft infolge des Krieges zu beachten. Außerdem sind die Löhne der Befangenen dabei außer Betracht geblieben. Bei Würdigung der Durchschnittslöhne der jugendlichen Arbeiter ist zu beachten, daß dieselben vor dem Kriege äußerst niedrig entlohnt und während der Kriegszeit vielfach mit Arbeiten, auch unterirdisch, beschäftigt wurden, die vordem ältere und höher bezahlte Arbeiter verrichteten. Selbstverständlich muß bei Würdigung der prozentualen Lohnsteigerung auch der Lohnstand vor dem Kriege beachtet werden.

Die vorstehende Lohnübersicht wird wirksam ergänzt durch die folgende Zusammenfassung aller Hauptbergbaubezirke. Arbeiterzahl, Schichtenzahl und Lohnsumme gestatteten sich in den angeführten 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zusammen genommen seit dem 2. Vierteljahr 1914 wie folgt:

Vierteljahr	Arbeiter	Schichten	ingesamt	Lohnsumme pro Arbeiter	
				Mk.	Stk.
2. Vierteljahr 1914	767.177	58.106.688	76	209.826.862	352
3. 1914	602.319	48.210.115	80	216.642.410	359
4. 1914	549.720	43.626.034	79	241.016.849	363
1. 1915	556.411	43.954.478	82	201.356.910	375
2. 1915	532.397	42.983.646	81	203.041.028	383
3. 1915	524.034	40.386.257	88	224.820.012	429
4. 1915	532.689	44.727.598	84	228.848.984	490
1. 1916	552.536	46.762.006	85	247.549.236	448
2. 1916	537.704	46.234.280	82	255.294.736	450
3. 1916	567.349	49.209.800	87	283.655.340	500
4. 1916	577.382	47.403.582	82	281.044.869	462
1. 1917	593.722	48.902.766	82	308.861.298	520
2. 1917	606.403	49.171.412	81	332.711.532	549
3. 1917	632.062	53.638.723	85	386.291.618	627
4. 1917	652.258	53.525.201	83	430.450.923	659
1. 1918	645.544	52.010.655	81	436.788.242	677
2. 1918	646.378	51.005.062	80	449.897.707	695
3. 1918	618.550	51.409.337	83	473.990.608	766
4. 1918	621.793	47.987.234	77	512.066.847	824
1. 1919	748.030	54.087.231	72	605.678.655	830
2. 1919	748.818	52.155.147	70	736.474.106	984
3. 1919	785.976	61.770.393	79	1.017.113.784	1.296
4. 1919	835.036	61.045.203	77	1.298.546.548	1.554

In den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens ist nach dieser Tabelle die Arbeiterzahl vom 2. Viertel 1914 bis zum 3. Viertel 1915 um 213.143 zurückgegangen. Dann trat ein fast ununterbrochener Aufstieg ein, der bis zum 4. Viertel 1917: 128.224 betrug. Dessen Aufstieg folgte ein Rückgang um 30.465 bis zum 4. Viertel 1918. Von da ab trat wieder ein Aufstieg ein, der bis zum 4. Viertel 1919: 213.863 betrug. Zahl und Zusammensetzung der Belegschaft waren danach seit Kriegsbeginn großen Schwankungen unterworfen.

Daß bei diesen Schwankungen auch die Qualität leiden mußte, ist ohne weiteres klar. Zudem ging der Anteil der eigentlichen Bergarbeiter an der Gesamtbelegschaft immer mehr zurück. So betrug z. B. im Ruhrgebiet bei einer Gesamtbelegschaft von 405.183 im 2. Viertel 1914 die Zahl der eigentlichen Bergarbeiter 206.643 gleich 51 Prozent; im 4. Viertel 1918 betrug bei einer Gesamtbelegschaft von 317.369 die Zahl der eigentlichen Bergarbeiter 143.133 gleich 45,1 Prozent. Im 1. Viertel 1919 sank der Anteil der eigentlichen Bergarbeiter an der Gesamtbelegschaft auf 43,1 im 2. Viertel auf 41,5, im 3. Viertel auf 42,3 Prozent. Bei einer Gesamtbelegschaft von 401.378 im 4. Viertel 1919 betrug die Zahl der eigentlichen Bergarbeiter nur 168.259 gleich 41,9 Prozent. Der Zuwachs setzt sich also hauptsächlich aus bergfremden ungelerten Arbeitern zusammen, die sich erst nach und nach einarbeiten und zur Hebung der Förderung zunächst nur verhältnismäßig wenig beitragen können.

Trotzdem die Ernährung immer schlechter wurde, hat man die Arbeiter während der ganzen Kriegszeit mit Zuckerbrot und Beifische zum Verfahren von Ueberfrachten angetrieben. Diese haben sich aber auch antreiben lassen. In welchem Maße, das ergibt sich schon aus der vorstehenden Zusammenstellung. Besser tritt es aber noch in Erscheinung, wenn wir das Ruhrgebiet herausgreifen. Die durchschnittliche Schichtenzahl betrug hier pro Arbeiter:

Vierteljahr	1. Viertel	2. Viertel	3. Viertel	4. Viertel	Gesamt
1913	80	83	85	79	327
1914	77	77	81	81	316
1915	84	83	89	86	340
1916	87	84	89	81	341
1917	83	81	87	83	334
1918	82	81	84	78	325
1919	73	67	81	77	298

In dem bis dahin besten Hochkonjunkturjahr 1913 entfielen auf jeden Arbeiter nach Abzug der Kranken- und sonstigen Feiertage 27 Schichten, wenn man auf das Jahr 300 laufende Schichten rechnet, durchschnittlich 27 Ueberfrachten. Vom 3. Viertel 1914 bis einschließlich 3. Viertel 1918 entfielen auf jeden Arbeiter insgesamt 1429 Schichten; das sind in jedem Vierteljahr durchschnittlich 84 und in jedem Jahr 336 Schichten. Wenn wir auf das Jahr 300 laufende Schichten rechnen, dann entfallen auf jeden Arbeiter nach Abzug der Kranken- und sonstigen Feiertage durchschnittlich 36 Ueberfrachten.

Besonders interessant ist die Entwicklung der Schichtenzahl seit der Revolution. Im 3. Viertel 1918 entfielen auf jeden Arbeiter abzüglich der Kranken- und sonstigen Feiertage noch 84 Schichten, im 4. Viertel 1918: 78, im 1. Viertel 1919: 78, im 2. Viertel 1919: 67, im 3. Viertel 1919: 81 und im 4. Viertel 1919: 77 Schichten. Trotz der vielen Streiks entfielen im Jahre 1919 auf jeden Arbeiter abzüglich der Kranken- und sonstigen Feiertage noch 298 Schichten. Auch ohne Ueberfrachten

Die vorstehende Uebersicht zeigt die Lohnentwicklung seit Kriegsbeginn für alle Arbeiterklassen, wie sie in der amtlichen Lohnstatistik geführt werden. In den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens ist danach der Durchschnittslöhne von Arbeiter und Schicht je im 2. Vierteljahr 1911 bis 1919 und im 1. Vierteljahr 1919 (in Mark):

abkommen sind also Ueberfächten in großer Zahl verfahren worden. Daran läßt sich ersehen, wie die Schimpfergüsse gegen das Ueberfächtenabkommen zu bewerten sind.

Im 4. Viertel 1919 war die Gesamtzahl der Arbeiter mit 68 479, die Gesamtlohnsumme aber mit 1 028 720 186 Mk. höher, wie im 2. Viertel 1914.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Aufgelöste Kriegsgesellschaften.

Bekanntlich wird mit den noch bestehenden Kriegsgesellschaften energisch aufgeräumt, soweit ihre Fortdauer nicht mit Rücksicht auf die zurzeit noch nicht völlig entbehrliche Zwangsverwirklichung notwendig ist.

- 1. Reichsgerätengeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
2. Reichshilfsfruchtgeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
3. Gafereintaufgeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
4. Tabakverwertunggeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
5. Deutsche Rohhaut-Altenggeellschaft in Ligu, Berlin;
6. Ersatzholzengeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
7. Ersatzlebergeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
8. Reichsholzverteilungsstelle für Fuhrkraftverleihung, c. Genossenschaft m. b. H. in Ligu, München;
9. Reichsstelle für Papierholz G. m. b. H. in Ligu, Berlin;
10. Papierholzaufbereitungsstelle G. m. b. H. in Ligu, Berlin;
11. Kriegsausgleichsstelle für Holzwaren- und Dachpappenindustrie G. m. b. H. in Ligu, Berlin;
12. Kriegsausgleichsstelle für Dachpappen G. m. b. H. in Ligu, Berlin;
13. Reichshilfsfruchtgeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
14. Reichshilfsfruchtgeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
15. Hammwoll-Altenggeellschaft in Ligu, Berlin;
16. Kanfieferungsgeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
17. Baffelvereinigunggeellschaft m. b. H. in Ligu, Berlin;
18. Kriegsausgleichsstelle für Holzwarenverwertung G. m. b. H. in Ligu, Berlin;
19. Reichshilfsfruchtgeellschaft in Ligu, als Geschäftsabteilung der Reichshilfsfruchtgeellschaft.

Einen wesentlich anderen Charakter als die aufgelösten Kriegsgesellschaften haben die in letzter Zeit durch Neugründung oder Umwandlung entstandenen Selbstverwaltungskörper der Industrie, insbesondere die Reichswirtschaftsstellen, Aufwandsstellen usw.

Knappe Stelle Bredered.

Aus dem Vorleben des Justizrats Bredered, des „Pressehef“ der „Knappe-Regierung“, wird verschiedenes berichtet, was diese Regierung besser charakterisiert, als lange politische Erörterungen.

Bredered, der sich durch seinen Nationalismus stets hervortat, war der Vertraute und Verteidiger des berühmten früheren sozialistischen Abg. Bruhn und seiner Freunde. Nach zum Schluß seiner Amtszeit hat der gemeine Gauner ein Verfahren eingeleitet, das ihn vor jedem anständigen Juristen unmöglich machen mußte.

Solche Gauner und Schieber wollten Deutschland vom Gauner- und Schiebertum erlösen! Dieses Gauner- und Schiebertum wurde aber in unserer individualistischen Wirtschaftsverordnung und kann nur mit dieser überwunden werden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Schluss mit den Preiserhöhungen!

In Ergänzung des Artikels über die ungeheuerlichen Roh-, Holz- und Brennstoffpreiserhöhungen in voriger Nummer dieses Blattes seien noch einige charakteristische Preisergüsse veröffentlicht.

Table with 2 columns: April 1914 and Mai 1920. Rows include Steinkohlen (schlesische), Stück, Würfel- u. Auf I, Stück II u. Erdbein, and Koks.

Table with 3 columns: (frei Waggon), (frei Waggon ab Zechen), (frei ab Station). Rows include Braunkohle (mittelschlesische), Braunkohle (niederschlesische), Oberbairische Kohle, Steinkohle (schlesische), and Braunkohle (niederschlesische).

Wenn mit den Preiserhöhungen für Kohle nicht Schluss gemacht wird, dann kommt unter Wirtschaftskreisen nicht zur Gründung. Jede Preiserhöhung wird infolge Preiserhöhungen nutzlos für die Arbeiter.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Nebenregierung?

Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt in seiner Nr. 16 in einem Artikel, betitelt „Nebenregierung zum Generalkonferenz“, die Forderung, daß die Gewerkschaften eine Nebenregierung im Reich und Staat aufzurichten, zu veranlassen.

„Gegen die Gewerkschaften sind aber in der Presse und in der Nationalversammlung noch weitergehende Vorwürfe erhoben worden. Man erklärte, daß sie eine Nebenregierung errichten, eine verkappte parlamentarische Diktatur proklamieren wollten.“

Der Zweck dieser öffentlichen Erörterung gegen die Gewerkschaften ist nicht recht durchsichtig. Man bemüht sich offensichtlich, die Gewerkschaften aus der durch den Generalkonferenz und die Verhandlungen der acht Punkte erzwungenen Position wieder herauszubringen.

Man hat mehrfach an dem Ton der gewerkschaftlichen Forderungen Anstoß genommen und von gewerkschaftlichem Ultimatum gesprochen. Ueber den Ton läßt sich natürlich streiten, aber ein solcher Streit ist unnütz.

Der Puls der Kampfs und Kämpfe in Berlin hat in den vergangenen Wochen Deutschlands zu blutigen Kämpfen geführt und eine sehr große Zahl von Opfern an Toden und Verwundeten zurückgelassen.

Der Puls der Kampfs und Kämpfe in Berlin hat in den vergangenen Wochen Deutschlands zu blutigen Kämpfen geführt und eine sehr große Zahl von Opfern an Toden und Verwundeten zurückgelassen.

wandte und in deren Reihen sind nun die Opfer zu beklagen. Noch niemals hat die Arbeiterbewegung verlangt, wenn es galt, das Solidaritätsgefühl in die Tat umzusetzen.

Gegen die Forderung von Gewerkschaftsvermögen.

Den meisten Gewerkschaften dürfte es unangenehm sein, daß sie bei der Forderung von Gewerkschaftsvermögen nur darauf zurückzuführen, daß sie sich durch die Forderung von Gewerkschaftsvermögen zu verhalten.

Die Gewerkschaften sind aber in der Presse und in der Nationalversammlung noch weitergehende Vorwürfe erhoben worden. Man erklärte, daß sie eine Nebenregierung errichten, eine verkappte parlamentarische Diktatur proklamieren wollten.

Geldwörter an der deutschen Arbeiterbewegung.

In einem Artikel der „Montanarbeiter-Zeitung“ (Nr. 17) der gegen den Vorschlag der Reichs-Darlehens-Gewerkschaften, Anton Erkelenz, gerichtet ist, wird den Sozialisten, den Kommunisten und wie sie alle heißen, folgende Forderung gestellt:

Knapppolitik.

Höhere Teuerungszulagen für Knapppolitiker.

Unsere Eingabe an den Bergbauischen Verein Essen hat den Erfolg erzielt, daß dieser 12 Millionen Mark bereitwillig zur weiteren Zahlung und Erhöhung der Zulagen für Knapppolitiker.

und etwaige Unterschiede nachberechnet. Soweit aber bisher die bergbauische Zulage nicht gewährt wurde, ist zu ihrer Festsetzung auf Grund der neuen Bestimmungen ein Antrag erforderlich, den die Knappschaftsämter entgegenzunehmen und einzureichen haben.

Abänderung der Verordnung über Erhöhung des Grundlohns.

Das Reichsanzeiger vom 4. Mai ist die am 1. April herausgegebene Verordnung vom 1. April 1920 aufgehoben und eine neue Verordnung vom 30. April erlassen worden. Nach dieser letzten Verordnung muß bei der Festsetzung des Grundlohns der Entgelt berücksichtigt werden, soweit er über dem Durchschnittsmaß für den Arbeitstag nicht übersteigt.

Merkt auch dies, Kameraden, bald kommt der Tag, wo ihr ihnen die Danksagung dafür ausstellen könnt. Der Allgemeine Knappschaftsverein Bochum hat in der Vorstandssitzung vom 6. 5. 1920 als Mitglied für 30 Mark festgesetzt.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Keine Anrechnung des Maifeiertages.

Um Klarheit über die von einer Anzahl Zechenverwaltungen angeforderte Anrechnung des Maifeiertages auf die tariflich festgelegten Urlaubstagen und Ueberziehungsentschädigungen zu schaffen, richtete der Vorstand des Bergarbeiterverbandes am 30. April an den Vorstand des rheinisch-westfälischen Zechenverbandes ein diesbezügliches Schreiben.

Auf das Schreiben vom 30. v. Mts. Nachdem die Nationalversammlung entschieden hat, daß der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag ist, stellt h. Tarifvertrag das unentschuldigste Fehlen an diesem Tage ein Arbeitsverhältnis dar, die auf den Urlaub und die Ueberziehungsentschädigung zur Anrechnung kommen darf.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat sich für die Anrechnung des Maifeiertages auf den Urlaub entschieden. Die Geschäftsleitung: gez. Kraß.

Der Ursprung der Betriebsrätewahlen

Im Ruhrgebiet hat unseren Verband wieder als die weitaus stärkste Bergarbeiterorganisation herausgehoben. Das Resultat wäre aber noch viel besser gewesen, wenn nicht leider auf einer erheblichen Anzahl Zechen sich unsere Kameraden durch Disziplinlosigkeit verhalten hätten.

Table with 3 columns: Organisation, Stimmen, Geschäftsleute, Unzufriedenheit. Rows include Bergarbeiterverband, Chr. Gewerkschaft, Politische B.-Z., S.A. Gewerkschaft, and Wirtschaft.

Es stellen also noch eine Anzahl Zechen. Wir fordern die Betriebsleiter auf, ihre Berichte alsbald zu vervollständigen.

Freiheit des Freiheitskämpfers.

An die Reichsregierung, z. Bnd. des Herrn Justizministers Dr. Klum. Justizministerium, Berlin, hat unser Verbandsvorstand am 7. Mai 1920 folgende Eingabe gerichtet: Wir unterbreiten dem hochwohlwollenden Justizministerium folgende Eingabe und ersuchen, dafür einzutreten, daß sie berücksichtigt wird.

Mehrgebiet verurteilen jeden, der nach dem 16. März Waffen getragen hat oder sonst im Interesse der kämpfenden Arbeiter tätig war, wegen Aufrufes zu hohen Verbrechen. Die im Völkischer Kampfe zum Gefolge Strafflosigkeit wird nicht eingehalten, da die Reichs-Strafgesetze durch die Völkischer Kampfe nicht außer Kraft gesetzt werden konnten.

Wir ersuchen deshalb die Reichsregierung, sofort einen Befehlsgewalt einzubringen, der jeden für straflos erklärt, welcher sich nach dem 2. April nicht mehr an den Kampfbedingungen beteiligte oder sonstige mit den Kämpfern in Verbindung stand.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. A. A. H. Wilmann.

Wann kommt die Einigkeit?

Den Kameraden Gustav Giese und Wengede wird uns geschrieben: Die Aussagen in dem Artikel: Wann kommt die Einigkeit? in Nr. 17 der Bergarbeiter-Zeitung muß jeder unterzeichnen, der von einem Zechen aus wahrer Einigkeit spricht.

Nach mehr oder weniger Bedingung ist aber: daß ihr da oben, ihr Parasiten am deutschen Wirtschaftsleben, bessere Lebensbedingungen. Mehr mitarbeitend, weniger schreiend, mehr zum Nutzen Ueberflut abgeben, in uns auch Menschen sehen und uns als solche behandeln.

Aber so ist es: Was der bürgerlichen Presse angenehm erscheint, zum Beispiel: Sozialistenberichte, wird gedruckt. Wenn aber unfernere, wie ich kürzlich, sah an den General-Anzeiger in Dortmund wendet und um den Abdruck eines Artikels bittet, in welchem man sein gewisses Recht ausübt, kann man sich nicht wundern.

Zwangsübermittlungen und Rechtspflege.

Bekanntlich haben einige Zechenverwaltungen die zwischen den beteiligten Organisationen geschlossenen Abmachungen betr. Uebermittlungen (2 mal 2 pro Woche) in ihrer Art ausgelegt. Diese Arbeiter, die die hiesigen Schichten nicht befrachten wollten, wurden von den Verwaltungen nach Hause geschickt.

Sportplatzwahlen.

Einer der tollsten Sportplatzanhänger war bis vor kurzem auf Zechen Teutoburgia ein gewisser Hobbstein. Nach der Revolution im Jahre 1918 war er Führer der S. P. D. in Solihausen-Bornia.

Ich es gegeben, damit er fort konnte! Den Namen des Betreffenden hat er leider nicht genannt. Nun müssen wir folgenden bemerken: Gestrichelt waren zwei Mann, mit denen in den letzten Tagen Rücksprachen nach dem Verbleib des Geldes stattfanden.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Betriebsrätewahlen im mitteldeutschen Bergbau.

Aus dem mitteldeutschen Bergbau liegen uns die Wahlergebnisse aus 45 Betrieben vor. Nach diesen sind in allen Betrieben, mit einer Ausnahme, nur Listen des Bergarbeiterverbandes aufgestellt und gewählt worden: auf diese entfielen 24 Mandate, während die Christlichen 1 Mandat erhielten.

Dunkle Sonderbestrebungen.

Im mitteldeutschen bergbauischen Industriegebiet sind Bestrebungen im Gange, die darauf hinführen, die Betriebsräte zu politischen Aktions-Organen zu gestalten. Man versucht, einen Teil zwischen die Betriebsräte und die Gewerkschaften zu treiben; nur die Finanzierung der Sonderorganisation soll man den Gewerkschaften überlassen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 20. Woche (vom 9. bis 15. Mai 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Die Stelle des Lokalbeamten ist besetzt. Allen Kameraden besten Dank.

Rechtsklub.

Arbeitersekretariat Hamm. Die Sprechstunden finden vom 16. Mai 1920 an statt: In Hamm an jedem Montag, von 9 bis 12 Uhr vorm.; in Ullrich an jedem Montag von 9 bis 6 Uhr nachm.; in Hamm an jedem Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr vorm. und von 9 bis 6 Uhr nachmittags.

Bibliothek.

Botrop. Bibliothek der freien Gewerkschaften. Wegen Neuanschaffung der Bibliothek sind sämtliche Bücher bis zum 15. Mai an die Bibliothek zurückzugeben.

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern.

Bochum V. Vom 15.-31. Mai. Brambauer I. Vom 15. bis 20. Mai. Dahlhausen I. Vom 15. Mai bis 1. Juni. Studenbusch. Vom 16. bis 30. Mai.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Dorsten. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, beim Kassierer Gottlieb Krenkel, Dorsten, Weststr. 48. Gelsenkirchen I und IX. Jeden Samstag von 9 bis 12 Uhr auf dem Bezirksbüro, Aufpoldstraße 53. Somborn. Am 1. Juni an jedem zweiten Sonntag im Monat beim Kassierer Wilhelm Schäfer, Bismarckstr. 63.

Adressenveränderungen.

Bochum VIII. Kassierer: Josef Wölke, Josefstr. 23. Welbert. Vertrauensmann: Josef Linkerbusch, Welbert-Gefel.

Vermischt wird der Blonier Bernhard Sore, t. l. Nr. 4, III. Balken-Str. 53, Dorsten. Er soll am 6. Juli 1916 verurteilt in russische Gefangenenschaft geraten sein. Nachfragen an Franz Sore, Großhaldhof, Post Miessbach (Oberhausen).

Broschüre Hue-Mosmann

Preis für Mitglieder 75 Pf., im Buchhandel 1,50 Mk. Zu beziehen von H. Hansmann & Co. Bochum in Westf. 28

Protokoll der außerordentlichen (22.) General-Versammlung

in Bochum vom 24. bis 28. Januar 1920. - Zum Preise von 1 Mk. für Mitglieder und 3 Mk. für Nichtmitglieder von uns zu beziehen.